

Vorlage zur Beschlussfassung

für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 27.04.2017

1. Gegenstand der Vorlage: Wahl der Patientenfürsprecherin/des Patientenfürsprechers für die Augenlinik Berlin-Marzahn GmbH sowie für die Klinik "Helle Mitte" GmbH - Legislaturperiode bis 2021

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf hat in seiner Sitzung am 11.04.17 beschlossen, die BA-Vorlage Nr. 0074/V der BVV zur Beschlussfassung vorzulegen.

2. Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt bittet die Bezirksverordnetenversammlung, die Wahl der Patientenfürsprecherin/des Patientenfürsprechers für die Augenlinik Berlin-Marzahn GmbH sowie für die Klinik "Helle Mitte" GmbH für die laufende Legislaturperiode bis 2021 unter Hinzuziehung des Votums der beiden Klinikleitungen vorzunehmen und damit eine Entscheidung zwischen den beiden Bewerber/innen, Frau Ingrid Schneider und Herrn Bernd Lange, herbeizuführen.

Dagmar Pohle
Bezirksbürgermeisterin

Anlage

Vorlage für das Bezirksamt
- zur Beschlussfassung -
Nr. 0074/V

- A. Gegenstand der Vorlage: Wahl der Patientenfürsprecherin/des Patientenfürsprechers für die Augenklinik Berlin-Marzahn GmbH sowie für die Klinik "Helle Mitte" GmbH - Legislaturperiode bis 2021
- B. Berichterstatter/in: Bezirksbürgermeisterin Frau Pohle
- C.1 Beschlussentwurf: Das Bezirksamt bittet die Bezirksverordnetenversammlung, die Wahl der Patientenfürsprecherin/des Patientenfürsprechers für die Augenklinik Berlin-Marzahn GmbH sowie für die Klinik "Helle Mitte" GmbH für die laufende Legislaturperiode bis 2021 unter Hinzuziehung des Votums der beiden Klinikleitungen vorzunehmen und damit eine Entscheidung zwischen den beiden Bewerber/innen, Frau Ingrid Schneider und Herrn Bernd Lange, herbeizuführen.
- C.2 Weiterleitung an die BVV zugleich Veröffentlichung: Das Bezirksamt beschließt weiterhin, diese Vorlage der BVV zur Beschlussfassung vorzulegen und umgehend zu veröffentlichen.
- D. Begründung: siehe Anlage
- E. Rechtsgrundlage: § 16 Abs. 1 e BezVG
§ 36 Abs. 2 b und Abs. 3 BezVG
§ 30 LKG
- F. Haushaltsmäßige Auswirkungen Die Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigung für Patientenfürsprecher/innen an Berliner Kliniken und Krankenhäusern regelt sich nach der 12. VO zur Änderung der VO zur Durchführung des Gesetzes über Entschädigungen von Mitgliedern der BVV, der Bürgerdeputierten und sonstiger ehrenamtlich tätiger Personen. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel werden in den jährlichen Haushaltsplänen, Kapitel 4100, Titel 41201, berücksichtigt. Zahlungen an Patientenfürsprecher/innen der vorangegangenen Legislaturperiode enden mit der Abberufung bzw. mit der Wahl von Patientenfürsprecher/innen für die sich anschließende neue Legislaturperiode.

G. Gleichstellungsrelevante
Auswirkungen:

Die an die Bewerber/innen gestellten Anforderungen berücksichtigen die Sicherstellung einer gendersensiblen, lösungsorientierten Beratung und Unterstützung von Patientinnen, Patienten und deren Angehörigen bei Problemen mit der Behandlung und Versorgung im Krankenhaus, einschließlich des Entlassungsmanagements, die sich an der Spezifik des Einzelfalls orientiert.

H. Behindertenrelevante
Auswirkungen:

Die an die Bewerber/innen gestellten Anforderungen berücksichtigen die Sicherstellung einer lösungsorientierten Beratung und Unterstützung von Patientinnen, Patienten mit Behinderungen und deren Angehörigen bei Problemen mit der Behandlung und Versorgung im Krankenhaus, einschließlich des Entlassungsmanagements, die sich an der Spezifik des Einzelfalls orientiert.

I. Migrantenrelevante
Auswirkungen:

Die an die Bewerber/innen gestellten Anforderungen berücksichtigen die Sicherstellung einer lösungsorientierten Beratung und Unterstützung von Patientinnen, Patienten mit Migrationshintergrund und deren Angehörigen bei Problemen mit der Behandlung und Versorgung im Krankenhaus, einschließlich des Entlassungsmanagements, die sich an der Spezifik des Einzelfalls orientiert.

J. Kinder- und jugend-
relevante Auswirkungen:

Die an die Bewerber/innen gestellten Anforderungen berücksichtigen die Sicherstellung einer lösungsorientierten Beratung und Unterstützung von minderjährigen Patientinnen, Patienten und deren Erziehungsberechtigten bei Problemen mit der Behandlung und Versorgung im Krankenhaus, einschließlich des Entlassungsmanagements, die sich an der Spezifik des Einzelfalls orientiert.

K. Senior/innenrelevante
Auswirkungen:

Die an die Bewerber/innen gestellten Anforderungen berücksichtigen die Sicherstellung einer lösungsorientierten Beratung und Unterstützung von älteren Patientinnen, Patienten und deren Angehörigen bei Problemen mit der Behandlung und Versorgung im Krankenhaus, einschließlich des Entlassungsmanagements, die sich an der Spezifik des Einzelfalls orientiert.

Dagmar Pohle
Bezirksbürgermeisterin und Leiterin der Abteilung
Stadtentwicklung, Gesundheit, Personal und Finanzen

Anlage

D. Begründung

Für die Augenklinik Berlin-Marzahn GmbH und die Klinik „Helle Mitte“ GmbH Berlin soll in Anbetracht der jeweils nur geringen Anzahl ordnungsbehördlich zugelassener Krankenhausbetten, nach der sich der Arbeitsaufwand und die Höhe der Aufwandsentschädigung bemessen, ein gemeinsamer Patientenfürsprecher/eine gemeinsame Patientenfürsprecherin gewählt werden:

1. Für das Ehrenamt Patientenfürsprecher/in an der Augenklinik Berlin-Marzahn GmbH bewarben sich für die Dauer der laufenden Legislaturperiode bis 2021 zwei Interessent/innen mit termingerechter und vollständiger Einreichung der geforderten Unterlagen.

In alphabetischer Reihenfolge:

Herr Bernd Lange
Frau Ingrid Schneider.

Die Bewerber/innen erhalten am 20. April 2017 Gelegenheit, sich im Ausschuss für Gesundheit, Inklusion, Menschen mit Behinderungen persönlich vorzustellen, die Beweggründe für ihre Bewerbung zu erläutern und auf die Erfüllung der in der öffentlichen Ausschreibung geforderten Voraussetzungen näher einzugehen. Die schriftlichen Bewerbungen werden dem Ausschuss am o. g. Sitzungstag als Tischvorlagen zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Zu Herrn Bernd Lange:

Die Leitung der Augenklinik Berlin-Marzahn GmbH wurde am 16.01.2017 gebeten, beide Bewerber/innen zeitnah zum Gespräch einzuladen und sich nachgehend zu deren Eignung für das Ehrenamt sowie zu damit zusammenhängenden Präferenzen und möglichen Bedenken zu äußern. Am 26.01.2017 teilte die Klinikleitung hierzu mit, dass deren Präferenzen bei Herrn Bernd Lange, dem derzeit amtierenden Patientenfürsprecher an der Augenklinik Berlin-Marzahn GmbH, liegen und dieser mit der Klinikleitung über die Jahre eine sehr gute Zusammenarbeit führt. Herr Lange ist in Arbeitsgruppen im Haus mit eingebunden, die insbesondere Probleme im Zusammenhang mit der Patientenzufriedenheit, dem Beschwerdemanagement und der Qualitätssicherung bearbeiten. Es bestehen enge Kontakte zwischen Herrn Lange und der Klinikleitung. Auf seine Hinweise als Patientenfürsprecher wird seitens der Klinikleitung reagiert, einschließlich notwendiger Änderungen und Verbesserungen im Klinikalltag. Klinikleitung und Team würden sich freuen, mit Herrn Lange als Patientenfürsprecher auch in der neuen Legislaturperiode bis 2021 weiter zusammenarbeiten zu dürfen.

Zu Frau Ingrid Schneider:

Hier ist eine zeitnahe Kontaktaufnahme seitens der Augenklinik nicht gelungen, so dass eine Rückäußerung nicht erfolgen konnte. Gründe für die zumindest zeitweilig nicht gegebene Erreichbarkeit von Frau Schneider sind nicht bekannt. Frau Schneider stimmte in einem Telefonat mit dem bezirklichen Koordinator für den Einsatz der Patientenfürsprecher/innen an Kliniken und Krankenhäusern in Marzahn-Hellersdorf am 10.02.2017 sowie in nachfolgenden persönlichen Gesprächen jedoch einem möglichen künftigen Einsatz als Patientenfürsprecherin in Marzahn-Hellersdorf als Nachrückerin oder in einem anderen Berliner Bezirk ausdrücklich zu, unter Hinweis auf ihre Mobilität und Belastbarkeit.

Beim turnusmäßigen Treffen der bezirklichen Koordinator/innen für den Einsatz der Patientenfürsprecher/innen an Kliniken und Krankenhäusern in den Berliner Bezirken mit dem Büro der Patientenbeauftragten von Berlin am 13.02.2017 wurde o. g. Bereitschaft Frau Schneiders mit deren ausdrücklicher Zustimmung kommuniziert und protokollarisch vermerkt, so dass sich die anderen Bezirke im Bedarfsfall unmittelbar an den Bezirk Marzahn-Hellersdorf wenden können. Sollte im Verlauf der Legislaturperiode bis 2021 ein eigener Nachbesetzungsbedarf für einen der fünf Klinik- und Krankenhausstandorte im Bezirk Marzahn-Hellersdorf entstehen, wird Frau Schneiders Bewerbung entsprechend berücksichtigt.

2. Für das Ehrenamt Patientenfürsprecher/in an der Klinik „Helle Mitte“ GmbH Berlin

bewarb sich für die Dauer der laufenden Legislaturperiode der BVV bis 2021 mit

Herrn Bernd Lange

der bisherige und derzeit weiter amtierende Patientenfürsprecher als einziger Interessent, mit termingerechter und vollständiger Einreichung der geforderten Unterlagen.

Die Leitung der Klinik „Helle Mitte“ GmbH Berlin wurde am 16.01.2017 gebeten, Herrn Lange zeitnah zum Gespräch zu bitten und sich bezüglich seiner Eignung für das Ehrenamt sowie zu damit zusammenhängenden Präferenzen und möglichen Bedenken zu äußern. Am 24.01.2017 teilte die Klinikleitung mit, dass deren Präferenzen bei Herrn Bernd Lange liegen und man ihn aus dortiger Sicht für fachlich geeignet hält die Patientenangelegenheiten gegenüber der Klinik weiterhin zu vertreten.

Für die Augenklinik Berlin-Marzahn GmbH und für die Klinik „Helle Mitte“ GmbH Berlin soll, ausgehend von der jeweils geringen Bettenzahl und Höhe der Aufwandsentschädigung, ein gemeinsamer Patientenfürsprecher/eine gemeinsame Patientenfürsprecherin gewählt werden. Entsprechende Arrangements haben sich in der zurückliegenden Legislaturperiode bis 2016 und darüber hinaus bewährt. Gemäß § 30 Landeskrankenhausgesetz (LKG) obliegt es der Bezirksverordnetenversammlung, hierzu für die Dauer der Legislaturperiode bis 2021 eine Entscheidung herbeizuführen.

Seitens der Bezirksverwaltung wird empfohlen, hierbei dem Votum der beiden Klinikleitungen zu folgen.